

Strafprozessuale Revision

Kunnes / Lafleur

13. Auflage 2026
ISBN 978-3-8006-8043-6
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Strafprozessuale Revision

Eine Anleitung für Klausur und Praxis

Begründet von

Dr. Norbert Mutzbauer

In der 7. Auflage gemeinsam bearbeitet von

Dr. Norbert Mutzbauer und Leander Brößler

In der 8. Auflage allein fortgeführt von

Leander Brößler

In der 9. Auflage gemeinsam bearbeitet von

Leander Brößler und Christian Kunnes

In der 10. bis 12. Auflage allein fortgeführt von

Christian Kunnes

Richter am Bundesgerichtshof

Ehem. Hauptamtlicher Arbeitsgemeinschaftsleiter und

Prüfer im Ersten und Zweiten Staatsexamen

Ab der 13. Auflage allein fortgeführt von

Meike Lafleur

Richterin am Landgericht

Hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiterin und

Prüferin im Zweiten Staatsexamen

13., neu bearbeitete Auflage 2026

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Kunnes/Lafleur Strafproz. Revision Rn.



vahlen.de

ISBN PRINT 978 3 8006 8043 6

Dieser Titel ist auch als E-Book erhältlich.

© 2026 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Himmer GmbH Druckerei & Verlag
Steinerne Furt 95, 86167 Augsburg

Satz: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen (Adresse wie Verlag)
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

vahlen.de/nachhaltig
produksicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses
Werkes zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das Revisionsrecht hat in der praktischen Ausbildung für Referendarinnen und Referendare zwar nur geringe Bedeutung, in der Zweiten Juristischen Staatsprüfung spielt es dagegen eine ganz erhebliche Rolle. So haben in Bayern von den im Strafrecht zu fertigenden Aufgaben etwa ein Drittel der Klausuren revisionsrechtliche Themen. Referendare müssen also damit rechnen, dass in der Zweiten Staatsprüfung eine der beiden strafrechtlichen Aufgaben eine Revisionsklausur ist.

Daher habe ich versucht, das notwendige Wissen – auch anhand von Beispielen und Fällen – darzustellen. Deren Auswahl habe ich einerseits danach getroffen, welche Themenbereiche in Examensarbeiten immer wieder geprüft werden, zum anderen danach, welche Fragen Gegenstand der neueren Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs waren. Die im Anhang abgedruckte Auswertung der bayerischen Examensklausuren seit 1986 belegt, dass die aktuellen höchstrichterlichen Entscheidungen immer wieder Gegenstand revisionsrechtlicher Klausuren sind. Die Rechtsprechung zumindest in den beiden Jahren vor dem Examen zu verfolgen, ist dringend zu empfehlen.

Um die Vorbereitung auf das Examen zu erleichtern, wurden neben den Hinweisen auf weiterführende Literatur sowie Fundstellen der Rechtsprechung auch Prüfungs- und Aufbauschemata sowie Formulierungsvorschläge eingearbeitet. Eingefügt wurde ein Übungsprotokoll, anhand dessen Examenskandidaten trainieren können, die „versteckten“ Fehler in einem Protokoll zu finden. Den Abschluss bildet eine vollständige Revisionsklausur; hier sollte – wie auch bei den Fällen und Beispielen der ersten Kapitel – zunächst versucht werden, die Aufgabe selbst zu bearbeiten, um anschließend das eigene Ergebnis anhand der Lösung zu kontrollieren.

Die Neuauflage berücksichtigt Gesetzesänderungen bis zum 31.12.2025. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Einarbeitung der Vorschriften für den elektronischen Rechtsverkehr, insbesondere die seit 2022 bestehende aktive Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (beA) für Verteidiger, gelegt. Ebenso werden – für das mündliche Examen von Relevanz – Reformüberlegungen zu einer künftigen Aufzeichnung der Hauptverhandlung beleuchtet.

Für Verbesserungsvorschläge bin ich stets dankbar.

München, im Januar 2026

Meike Lafleur



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XV
1. Kapitel. Grundzüge und Wesen der Revision	1
A. Die Revision als Rechtsinstanz	1
B. Revisionsgericht	2
C. Ablauf des Revisionsverfahrens	2
2. Kapitel. Zulässigkeit der Revision	5
A. Statthaftigkeit	5
I. Grundsätze	5
II. Übergang von der Berufung zur Revision und „unbenannte“ Rechtsmittel	6
B. Einlegungsberechtigung und Beschwer	7
I. Berechtigung zur Einlegung der Revision	7
II. Beschwer	7
C. Frist, Form und Inhalt der Revisionseinlegung	8
I. Frist	8
II. Form und Inhalt	9
D. Frist, Form und Inhalt der Revisionsbegründung	11
I. Frist	11
II. Form und Inhalt	12
E. Keine Rechtsmittelrücknahme und kein Rechtsmittelverzicht	14
I. Rücknahme- und Verzichtserklärung	14
II. Wirkungen von Rücknahme oder Verzicht	15
F. Zusammenfassung und Prüfungsschema	16
3. Kapitel. Inhalt der Revisionsbegründung	17
A. Grundsätze	17
B. Revisionsantrag und Beschränkung der Revision	17
I. Antrag	17
II. Beschränkbarkeit der Revision	19
C. Ausführungen zu von Amts wegen zu beachtenden Verfahrenshindernissen	21
I. Überblick	21
II. Sachliche Zuständigkeit	23
III. Wirksame Anklage und Eröffnungsbeschluss	25
IV. Strafantrag	29
V. Verjährung	30
VI. Entgegenstehende Rechtshängigkeit und entgegenstehende Rechtskraft („Strafklageverbrauch“); Verstoß gegen § 331 I StPO	31
D. Rügearten	34
I. Abgrenzung Sach- und Verfahrensrüge	34
II. Beruhen des Urteils auf der Gesetzesverletzung	36
III. Ausschluss von Verfahrensrügen; Rügeverlust	38
E. Einzelheiten zur Verfahrensrüge	40
I. Grundsätze	40
II. Protokoll und Freibeweisverfahren beim Vortrag und Nachweis von Verfahrensfehlern	41
III. Verfahrensrüge bei absoluten Revisionsgründen	45
1. Verstoß gegen das Gebot des gesetzlichen Richters (§ 338 Nr. 1 StPO)	45
2. Mitwirkung eines ausgeschlossenen oder befangenen Richters (§ 338 Nr. 2, 3 StPO)	47

3. Fehlende Zuständigkeit (§ 338 Nr. 4 StPO)	51
4. Verletzung von Anwesenheitsvorschriften (§ 338 Nr. 5 StPO)	51
a) Abwesenheit des Staatsanwalts oder des Urkundsbeamten	52
b) Verhandeln ohne den Angeklagten	52
c) Verhandeln ohne den Verteidiger	56
5. Verletzung des Grundsatzes der Öffentlichkeit (§ 338 Nr. 6 StPO)	57
6. Fehlende oder verspätete Urteilsgründe (§ 338 Nr. 7 StPO)	60
7. Unzulässige Beschränkung der Verteidigung (§ 338 Nr. 8 StPO)	61
IV. Fehler außerhalb der Hauptverhandlung, vor allem im Ermittlungs- und im Zwischenverfahren	62
1. Gesetzesverletzungen durch das Gericht	62
2. Gesetzesverletzungen durch Ermittlungsbehörden	64
a) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Beschuldigten- vernehmung	64
b) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Überwachung der Telekommunikation (§§ 100a, 100d, 100e StPO)	69
c) Verwertungsverbote bei der Wohnraumüberwachung und beim Abhören außerhalb von Wohnungen	74
d) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei Durchsuchung und Beschlagnahme; Online-Durchsuchung	74
e) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei der Blutentnahme	80
f) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern bei Zeugenverneh- mungen	80
g) Verwertungsverbote in Zusammenhang mit Fehlern beim Einsatz eines Verdeckten Ermittlers oder eines V-Mannes	81
V. Fehler in der Hauptverhandlung	82
1. Unterlassene oder fehlerhafte Feststellung der Personalien des Angeklagten ..	82
2. Unterlassene Verlesung der Anklage	82
3. Unterlassene Mitteilung über verständigungsvorbereitende Gespräche, § 243 IV StPO	83
4. Unterlassene oder fehlerhafte Belehrung des Angeklagten über seine Rechte ..	83
5. Fehler bei der Mitwirkung eines Dolmetschers	84
6. Fehler bei der Vernehmung des Angeklagten zur Sache	84
7. Fehler in Zusammenhang mit der durchgeführten Beweisaufnahme	86
a) Fehler bei der Einnahme eines Augenscheins	86
b) Fehler bei der Verlesung von Urkunden	87
aa) Allgemeines	87
bb) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf frühere Aus- sagen des Beschuldigten	88
cc) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf sonstige schriftliche Erklärungen des Beschuldigten	89
dd) Urkundenbeweis und Verwertungsverbote in Bezug auf frühere Aus- sagen von Zeugen	90
ee) Vorhalte	93
ff) Urkundenbeweis in Bezug auf Erklärungen von Behörden, Sachver- ständigen oder Ärzten (§ 256 StPO)	93
c) Fehler in Zusammenhang mit Zeugenvernehmungen	94
aa) Fehler bei der allgemeinen Zeugenbelehrung	94
bb) Fehler in Zusammenhang mit Zeugnisverweigerungsrechten	94
cc) Fehler in Zusammenhang mit Auskunftsverweigerungsrechten	96
dd) Fehler in Zusammenhang mit der Vernehmung des Zeugen zur Sache ..	97
ee) Fehler in Zusammenhang mit der (Nicht-)Vertheidigung von Zeugen	98
ff) Fehler in Zusammenhang mit der Vernehmung von Verhörpersonen ...	99
d) Fehler in Zusammenhang mit der Anhörung eines Sachverständigen	103
8. Verletzung der Aufklärungspflicht	104

9. Fehlerhafte Zurückweisung von Beweisanträgen	106
10. Präsenze Beweismittel	111
11. Unterlassener Hinweis nach § 265 StPO	112
12. Schlussvorträge und letztes Wort	115
13. Beratung	116
14. Verständigungen (§ 257c StPO)	116
a) Zustandekommen einer Verständigung	117
b) Möglicher Inhalt einer Verständigung	118
c) Mitteilungs- und Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit der Verständigung	121
aa) Mitteilungspflicht des § 243 IV StPO	121
bb) Das Negativattest in § 273 Ia 3 StPO	126
cc) § 267 III 5 StPO	126
d) Verständigung, Aufklärungspflicht und verfahrensrechtliche Position des Angeklagten	126
e) Reichweite der Bindung und Verwertbarkeit eines Geständnisses	127
F. Revisionsrügen in Bezug auf Fehler des Urteils	129
I. Grundsatz	129
II. Angriffe gegen Form und Aufbau des Urteils	130
III. Widersprüche innerhalb des Urteils bzw. zwischen verkündetem und schriftli- chem Urteil	131
IV. Angriffe gegen die Sachverhaltsfeststellung	132
1. Allgemeines	132
2. Verwertung nicht in die Verhandlung eingeführter Umstände	132
V. Angriffe gegen die Beweiswürdigung	135
1. Allgemeines	135
2. Verwertungsverbote	137
3. Fehlerhafte Anwendung des Grundsatzes „in dubio pro reo“	138
VI. Angriffe gegen die rechtliche Würdigung	139
VII. Angriffe gegen die Strafzumessung	141
G. Besonderheiten der Nebenklägerrevision	145
H. Revisionen bei besonderen Urteilsarten	146
I. Revision gegen ein Urteil im beschleunigten Verfahren	146
II. Revision gegen ein nach einem Strafbefehl ergangenes Urteil	148
III. Revision gegen ein Berufungsurteil	149
4. Kapitel. Prüfungsumfang und Entscheidung über die Revision	151
A. Prüfungsreihenfolge	151
B. Prüfung der Zulässigkeit der Revision und der Verfahrensvoraussetzungen	151
C. Prüfung der Verfahrensrügen	152
D. Prüfung aufgrund der Sachrüge	152
E. Entscheidung über die Revision	152
I. Entscheidung nach Rücknahme der Revision	152
II. Verwerfung durch Beschluss als unzulässig (§§ 346, 349 I StPO)	152
III. Einstellung oder Verweisung durch Beschluss	153
IV. Entscheidung über die Begründetheit durch Beschluss (§ 349 II, IV StPO)	153
V. Entscheidung aufgrund einer Hauptverhandlung	154
VI. Aufbau der Entscheidungsgründe	158
VII. Besonderheiten	159
1. Bindung an die Revisionsentscheidung, Verschlechterungsverbot	159
2. Teilweise Aufhebung der Feststellungen (doppelrelevante Tatsachen)	159
3. Erstreckung (§ 357 StPO)	160
4. Anhörungsrüge (§ 356a StPO)	160

5. Kapitel. Anhang	161
A. Revisionsklausuren: Typen und Themen	161
I. Aufgabentypen	161
II. Klausurthemen	161
B. Übungsprotokoll	166
C. Aufbauschemata	168
I. Gutachten nach eingelegter, aber noch nicht begründeter Revision	168
II. Fertigen einer Revisionsbegründungsschrift	169
III. Gutachten nach eingelegter und begründeter Revision	171
D. Klausur „Revision“	172
I. Zulässigkeit der Revisionen	176
II. Prüfung der Verfahrensvoraussetzungen	177
III. Prüfung des Verfahrens	177
1. Vernehmung des Zeugen Hans Kleiner	177
2. Vernehmung des Zeugen Braun	177
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	177
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines nach Verstoß gegen § 136 I 2 StPO bestehenden Verwertungsverbots	178
c) Verstoß gegen § 254 StPO	179
d) Gesetzesverletzung infolge Nicht-Vereidigung des Zeugen Braun	179
3. Vernehmung des Zeugen Dr. Gelder	179
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	179
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines aus § 252 StPO herzuleitenden Verwertungsverbots	179
c) Gesetzesverletzung infolge Missachtung eines Verwertungsverbots nach Unterlassen der Benachrichtigung gemäß § 168c V StPO	180
d) Verwertungsverbot infolge des Unterlassens einer Verteidigerbestellung für die ermittelungsrichterliche Vernehmung des Zeugen Hans Kleiner	181
e) Nicht-Vereidigung des Zeugen Dr. Gelder	182
4. Verlesung des Tagebuchs	182
a) Verstoß gegen den Unmittelbarkeitsgrundsatz	182
b) Gesetzesverletzung infolge Missachtung grundgesetzlicher Verwertungsverbote	182
5. Vernehmung der Zeugin Eva Kleiner	183
6. „Zwischenverfahren“ und fehlender Hinweis über das Beweisergebnis	184
7. Vernehmung des Sachverständigen Prof. Dr. Grüner	184
8. Zwischenergebnis	184
IV. Prüfung auf sachlich-rechtliche Fehler	185
1. Sachverhaltsfeststellungen und Beweiswürdigung	185
2. Rechtliche Würdigung	185
a) Verurteilung wegen vorsätzlicher Körperverletzung	185
b) Nicht-Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung	185
c) Verurteilung wegen fahrlässiger Tötung	185
d) Nicht-Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge	186
e) Nicht-Verurteilung wegen eines vorsätzlichen Tötungsdelikts	186
f) Konkurrenzen	186
V. Ergebnis	187
Sachverzeichnis	189